



Bilanz

FDP-Bundestagsfraktion –
Ein Jahr schwarz-gelbe Koalition



Liebe Freunde der Freiheit, sehr geehrte Damen und Herren,

am 27. September 2009 ist die FDP mit einem Rekord-Ergebnis in Regierungsverantwortung gewählt worden. Heute, ein Jahr später, wird viel über den programmatischen Kurs der FDP diskutiert. Zu dieser Debatte gehört auch eine sachliche Analyse der bisherigen Regierungsarbeit.



Der Start der Koalition ist nicht geglückt. Wir haben Fehler gemacht. Die Erwartungen an die Liberalen waren hoch und konnten noch nicht alle eingelöst werden. Jedoch, der in Teilen der Öffentlichkeit und der Medien erweckte Eindruck, die Koalition habe bisher kaum gehandelt und die liberale Handschrift sei zu wenig erkennbar, stimmt nicht. In den ersten Monaten dieser Koalition haben wir auf allen Politikfeldern konkrete Initiativen und Gesetze beschlossen und damit ein gutes Stück liberale Politik in die Praxis umgesetzt.

Auf den folgenden Seiten haben wir für Sie kurz die Fakten und Ergebnisse unserer bisherigen Arbeit als Regierungsfraktion zusammengestellt. Wir zeigen Ihnen auch, welche Initiativen in den nächsten Monaten folgen werden. Damit können Sie sich selbst ein umfassendes Bild liberaler Regierungsarbeit machen und müssen sich nicht allein auf die Darstellungen in den Medien verlassen. Sollten Sie sich detaillierter für eines der genannten Themen interessieren, bitte ich Sie uns zu kontaktieren, damit wir Ihnen weitere Informationen zur Verfügung stellen können.

Im Übrigen gilt auch für die Politik: Gute Dinge brauchen manchmal etwas Zeit. Beharrlichkeit und ein langer Atem sind von Seiten der Handelnden ebenso wichtig wie das Vertrauen und der Zusammenhalt der Unterstützer.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Mit den besten Grüßen

Ihre

Birgit Homburger

Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion

Wirtschaftliche Lage

Deutschland auf Erfolgskurs

Die zarten Konjunkturaussichten Anfang 2010 haben sich im Laufe des Jahres zu einer kräftigen wirtschaftlichen Erholung entwickelt. Mit Vehemenz kommt Deutschland derzeit aus der größten Finanz- und Wirtschaftskrise unserer Geschichte. Deutschland ist 2010 der wichtigste Wachstumsmotor in Europa, im Ausland schaut man mit Bewunderung auf unsere Wachstumsraten und die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt.

Für den Aufschwung gibt es viele Gründe: unsere innovative Exportwirtschaft, gut ausgebildete und fleißige Arbeiternehmer, verantwortungsvolle Unternehmer und Manager.

Am Aufschwung trägt aber auch die Regierungsarbeit der schwarz-gelben Koalition ihren Anteil. Mit einer klugen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik haben wir zu Beginn des Jahres gezielt Arbeitsplätze gesichert, Unternehmen entlastet, Familien finanziell gestärkt und damit Wachstum gefördert.

Wirtschaftswachstum Erwerbstätige	2. Quartal 2009	2. Quartal 2010
	+0,5 % 40,259 Mio.	+2,2 % 40,332 Mio.
Arbeitslosigkeit Arbeitslosenquote	Aug. 2009	Aug. 2010
	3,471.000 8,3 %	3.188.000 7,6 %
Reallohnentwicklung	2. Quartal 2009	2. Quartal 2010
	- 1,2 %	+ 2,3 %

Außen-, Europa-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik

Michael Georg Link,

Vorsitzender des Arbeitskreises Internationale Politik



Auf einen Blick

Libérale Akzente der Außen-, Europa-, Sicherheits-,
Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik

- Afghanistankonzept – Stärkung des zivilen Ansatzes, Schaffung einer Abzugsperspektive
- Auslaufen der Entwicklungszusammenarbeit mit China
- Strukturreform der technischen Zusammenarbeit der Entwicklungszusammenarbeit
- Mehr Einsatz für Menschenrechte weltweit
- Verkürzung der Wehrpflicht auf 6 Monate

Daran arbeiten wir

- Bundeswehrstrukturreform – Aussetzung der Wehrpflicht möglich
- Abrüstungsinitiative
- Euro-Krise – Präventionsmaßnahmen zur Krisenvermeidung

Gesamtkonzept Afghanistan

Ziel der Koalition bleibt es, dass die afghanische Regierung selbst für die Sicherheit und Ordnung im Land sorgen kann. Afghanistan darf nicht wieder ein Rückzugsraum für Terroristen werden. Um dies zu erreichen und eine Abzugsperspektive für die Bundeswehr zu schaffen, hat die schwarz-gelbe Koalition eine neue Strategie für das deutsche Afghanistan-Engagement entwickelt. Diese sieht die Stärkung der zivilen Hilfe und ein engeres und nachprüfbares Zusammenwirken von zivilen und militärischen Maßnahmen vor. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau wurden auf 430 Mio. Euro pro Jahr verdoppelt und die Mandatsobergrenze auf maximal 5.350 Soldaten angehoben. Schwerpunkt des zusätzlichen militärischen Einsatzes ist die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und der Schutz der afghanischen Bevölkerung. Damit haben wir auch unseren Einsatz in der Ausbildung nahezu verdoppelt.

Entwicklungszusammenarbeit

Mit der Strukturreform der technischen Zusammenarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit werden die drei Durchführungsorganisationen GTZ, DED und Inwent unter einem Dach zusammengeführt. So werden Doppelstrukturen abgebaut und die Effizienz und Wirksamkeit der von Deutschland bereitgestellten Mittel erhöht. Damit wird die entwicklungspolitische Gestaltungskraft der Bundesregierung insgesamt gestärkt.

Außerdem wurde mit ausführlichen Anträgen der Koalitionsfraktionen wichtigen entwicklungspolitischen Themen wie z.B. den Millenniumsentwicklungszielen und der Frage der Bildung in Entwicklungsländern Rechnung getragen.

Wie im FDP-Wahlprogramm gefordert und im Koalitionsvertrag festgeschrieben, wurde die klassische Entwicklungszusammenarbeit mit der VR China eingestellt, da China heute bereits selbst zahlreiche Aktivitäten in Entwicklungsländern durchführt. Vielmehr wurde die Grundlage für eine neue Form der partnerschaftlichen Zusammenarbeit vor allem bei gemeinsamen Projekten in Drittländern geschaffen.

Menschenrechte

In der Außen- und Entwicklungspolitik hat sich die schwarz-gelbe Koalition die weltweite Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte zum Ziel gesetzt. So hat sie sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäranlagen von den Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt wurde. Ferner hat sie auf der Überprüfungskonferenz in Kampala mit Erfolg darauf hingewirkt, dass Strafbarkeitslücken im Römischen Statut geschlossen wurden und damit die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichts gestärkt. Darüber hinaus wurde die Höhe der finanziellen Zuwendungen für bestimmte Länder an menschenrechtspolitische Bedingungen geknüpft: Die finanzielle Förderung in der Entwicklungszusammenarbeit für Uganda wurde zum Beispiel daran gekoppelt, dass geplante gesetzliche Strafverschärfungen gegen Homosexuelle von der ugandischen Regierung nicht vorgenommen werden.

Abrüstungsinitiative

Die Regierungskoalition setzt sich nachdrücklich für die weltweite Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Nuklearwaffen, ein. So haben wir die Frage einer reduzierten Bedeutung von Nuklearwaffen einschließlich der zukünftigen Ausgestaltung der nuklearen Teilhabe auf die politische Tagesordnung der NATO gesetzt. Auf der 8. Überprüfungskonferenz zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag hat Deutschland am 12. Mai 2010 gemeinsam mit Belgien, Finnland, Irland, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Slowenien und Schweden eine Erklärung abgegeben, wonach nicht-strategische Nuklearwaffen in die Rüstungskontrolle einzubeziehen und vertrauensbildende Maßnahmen auch im Bereich der taktischen Nuklearwaffen zu ergreifen sind.

Lehren aus der Euro-Krise

Die Verschuldungskrise einiger Mitgliedstaaten der Eurozone hat in diesem Jahr die wirtschaftspolitische Stabilität in Europa sehr ernsthaft bedroht. Nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von EU und ihren Mitgliedstaaten konnten größere unmittelbare Verwerfungen verhindert werden. Nun geht es darum, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die gewonnene Zeit nutzen, und konkrete Maßnahmen für die Vermeidung ähnlicher Krisen beschließen. Die FDP hat klare Vorstellungen darüber, welche Präventions- und Sanktionsmöglichkeiten auf europäischer Ebene umgesetzt werden müssen, um künftige Krisen zu vermeiden. Dies beinhaltet die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit einem effektiven Sanktionsinstrumentarium für Staaten, die den Stabilitätspakt verletzen. Die ausufernde Verschuldungspolitik in Europa muss ein Ende haben.

Wehrdienst und Bundeswehrreform

In schwierigen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner hat die FDP die Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes auf 6 Monate zum 1. Juli 2010 durchgesetzt. Mit der Verkürzung des Wehrdienstes haben wir den Denkprozess im Bundesverteidigungsministerium hin zu einer Aussetzung beschleunigt. Viele bisherige Verfechter einer Beibehaltung der Wehrpflicht haben sich dem in der FDP schon seit langem gefassten Beschluss einer Aussetzung der Wehrpflicht und eines Umbaus der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee nun angeschlossen. Gleichzeitig verfolgt die FDP eine weitere Stärkung der Freiwilligen Sozialen Dienste.

In der nun anstehenden Strukturreform der Bundeswehr wird die FDP vor allem die sicherheitspolitischen Erfordernisse des 21. Jahrhundert in den Mittelpunkt der Überlegungen stellen. Bei der Reform dürfen nicht ausschließlich finanzielle Überlegungen eine Rolle spielen, auch wenn diese unbestritten einen wichtigen Rahmen darstellen. Wir brauchen eine verantwortungsvolle und effektive Sicherheitsvorsorge, aber keine Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach „Kassenlage“. Ebenso wollen wir teure und nicht sachgerechte Lösungen verhindern, die einen seit langem notwendigen Umbau der Bundeswehr weiter auf die lange Bank schieben.

Wirtschaft und Finanzen

Hermann Otto Solms,

Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen



Auf einen Blick

Libérale Akzente der Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag – Entlastungen von Familien um 4,6 Mrd. Euro
- Entlastungen von Unternehmen durch Änderungen der Unternehmensteuerreform
- 750 Mio. Euro Sonderprogramm zur Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe
- Entlastung für das Unterbringungsgewerbe
- Steuererhöhung von Biokraftstoffen gestoppt
- Senkung der Erbschaftsteuerlast für nahe Verwandte
- Einsetzung eines Kreditmediators
- Euro-Rettungsschirm
- Einführung einer allgemeinen Bankenabgabe
- Verbot von Leerverkäufen zur Stabilisierung der Finanzmärkte
- Regelungen zur Vergütung im Finanzdienstleistungs- und Versicherungssektor
- Haushaltssanierung – Senkung der Neuverschuldung um 80 Mrd. Euro
- Ablehnung von Staatsgarantien für Opel-Sanierung
- Beendigung von Sonderprogrammen zur Krisenbewältigung (Deutschlandfonds)
- Bürokratieabbau – Stärkung des Normenkontrollrates

Daran arbeiten wir

- Energiekonzept
- Verbraucherschutz – kostenlose Telefonwarteschleifen
- Vereinfachung des Steuerrechts
- Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen in Abstimmung mit dem Haushalt

Entlastung von Familien

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir den ersten Schritt zur steuerlichen Entlastung, insbesondere von Familien, bereits zum 1. Januar 2010 umgesetzt. Familien mit Kindern werden durch die Anhebung des Freibetrages für Kinder auf 7008 Euro und durch die weitere Anhebung des Kindergeldes auf mindestens 184 Euro um insgesamt 4,6 Mrd. Euro entlastet. Dadurch werden Familien laut Berechnungen des Bundes der Steuerzahler auch 2011 mehr Netto vom Brutto haben.

Gerechtigkeit bei Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform

Für Unternehmen haben wir zum 1. Januar 2010 eine Reihe von steuerpolitischen Entlastungsmaßnahmen umgesetzt. Durch eine Entschärfung der steuerrechtlichen Vorschriften bei der Gewinnermittlung, durch Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten und im Bereich der Erbschaftsteuer durch eine mittelstandsfreundliche Regelung der Unternehmensnachfolge haben wir Unternehmen von Bürokratie und unnötigen Auflagen befreit. Im Erbrecht werden Geschwister zudem nicht mehr wie Fremde behandelt. Damit wurden auf Initiative der FDP die größten Wachstumshemmnisse und Ungerechtigkeiten der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform der Großen Koalition beseitigt.

Entlastung des Unterbringungsgewerbes

Wie im Wahlprogramm der FDP versprochen und im Koalitionsvertrag mit der Union vereinbart, haben wir zum 1. Januar 2010 den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für das Unterbringungsgewerbe eingeführt. Damit sind die drastischen Wettbewerbsverzerrungen bei der Besteuerung von deutschen und ausländischen Betrieben beseitigt. Dank der Entlastung konnten in Deutschland seit Jahresbeginn über 700 Mio. Euro zusätzlich investiert und 5700 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Landwirtschaft und Ernährung

In den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung haben wir in den vergangenen Monaten zahlreiche gesetzliche Initiativen zur Verbesserung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen verabschiedet. Dazu zählen die Novellen des Bundeswald- und Weingesetzes und das Sonderprogramm Landwirtschaft im Umfang von 750 Mio. Euro. Letzteres hat insbesondere über das sogenannte Grünlandprogramm einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Stärkung der heimischen Milchbauern geleistet.

Mit der Novelle des Bundeswaldgesetzes hat die schwarz-gelbe Koalition historische Verbesserungen für den deutschen Wald auf den Weg gebracht. Das ist weder Rot-Grün noch Schwarz-Rot in der Vergangenheit gelungen.

Durch die Zulassung der kommerziellen Nutzung der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel Amflora haben wir die Weichen für eine innovative und unternehmerische

Landwirtschaft gestellt. Mit den geplanten Steuerentlastungen beim Agrardiesel wird das zentrale agrarpolitische Versprechen der schwarz-gelben Koalition umgesetzt und Wettbewerbsverzerrungen werden verhindert.

Die Positionierung der schwarz-gelben Koalition zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) trägt eine marktwirtschaftliche und damit liberale Handschrift: So sollen insbesondere Exportsubventionen auf Druck der FDP auslaufen. Mit diesem agrarpolitischen Maßnahmenbündel haben wir wieder Planungssicherheit und Verlässlichkeit in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft hergestellt.

Einsetzung eines Kreditmediators

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, hat die Koalition einen Kreditmediator zur Verhinderung einer Kreditklemme eingesetzt. Der Kreditmediator setzt sich dafür ein, dass Unternehmen bei ausreichender Bonität auch einen Kredit erhalten. Mittelständische Unternehmer können seit März 2010 einen Antrag auf Einleitung eines Mediationsverfahrens stellen und damit einen kompetenten Mittler zwischen ihnen und der Kreditwirtschaft einschalten.

Euro-Rettungsschirm

Im Frühjahr 2010 hat die desolante Haushalts- und Wirtschaftslage einiger Euro-Staaten den Euro in existenzielle Gefahr gebracht. Binnen kurzer Zeit musste mit Hilfe von zwei Rettungspaketen die Lage an den Finanzmärkten beruhigt und der Euro stabilisiert werden. Vor allem auf Druck der FDP-Bundestagsfraktion wurden die Finanzhilfen an strenge Auflagen geknüpft und der Internationale Währungsfonds bei der Rettung beteiligt. Dadurch wird garantiert, dass die harten und notwendigen Sanierungsprogramme in den betroffenen Ländern umgesetzt werden.

Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise

Als Konsequenz aus der Finanzkrise hat die Koalition aus Union und FDP die Einführung einer Bankenabgabe beschlossen. Damit sollen die riskanten Geschäfte der Banken eingedämmt und ein milliardenschwerer Fonds aufgebaut werden, der die Marktrisiken der Finanzbranche künftig tragen wird. Das vom Kabinett auf den Weg gebrachte Restrukturierungsgesetz ermöglicht künftig auch die Umstrukturierung und geordnete Abwicklung von Geldinstituten, um die Systemrelevanz einer in Not geratenen Bank zu reduzieren und zukünftige Finanzkrisen zu vermeiden.

Für mehr Stabilität an den Finanzmärkten sind Leerverkäufe mit deutschen Aktien, mit Staatsanleihen aus der Euro-Zone und ungedeckte Kreditausfallversicherungen aus Ausfallrisiken von Euro-Staaten seit Juli 2010 in Deutschland gesetzlich verboten. Die Verlängerung der Verjährungsfrist für die Organhaftung bei börsennotierten Aktiengesellschaften von 5 auf 10 Jahre gewährleistet eine deutliche Verbesserung bei der Durchsetzung von Ersatzansprüchen.

Durch die Umsetzung der Ratingverordnung der Europäischen Union werden seit Mitte des Jahres Ratingagenturen von Finanzprodukten besser beaufsichtigt. Ratinganalysten dürfen künftig nicht mehr Kunden beraten und sie gleichzeitig bewerten. Die Verordnung verpflichtet Ratingagenturen zudem zu regelmäßigen Überprüfungen ihrer Ratings und Methoden.

Im Juni 2010 hat die Koalition die Standards für die Vergütung von Banken und Versicherungsunternehmen gesetzlich neu geregelt. Jetzt muss die Vergütung wieder stärker auf den langfristigen Erfolg des Unternehmens ausgerichtet werden. Weiterhin sollen durch stärkere Eingriffsrechte der BaFin (Beschränkung oder Untersagung der Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile) unangemessen hohe Bonuszahlungen unterbunden werden.

Haushaltskonsolidierung

Mit dem Haushaltsentwurf 2011 und dem Haushaltsbegleitgesetz werden die richtigen Weichen für solide Staatsfinanzen gestellt. Im Vergleich zum alten Finanzplan wird die Neuverschuldung bis 2013 um rund 80 Mrd. Euro (kumuliert) geringer ausfallen. Der Konsolidierungskurs ist ein Gebot der haushaltspolitischen Vernunft und im Sinne des Generationenvertrages. Erstmals wird Konsolidierung vorrangig über die Reduzierung der Ausgaben betrieben. In den Verhandlungen hat die FDP eine Erhöhung der Einkommen- oder der Mehrwertsteuer verhindert. Vor allem auf Drängen der FDP kennzeichnen Ausgabenkürzungen statt permanenter Ausgabensteigerungen die Konsolidierungspolitik.

Marktwirtschaftliche Grundhaltung

Mit der FDP ist die marktwirtschaftliche Grundhaltung wieder in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung eingezogen. Die Ablehnung weiterer milliardenschwerer Staatshilfen für Opel durch Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle ist ein klares Bekenntnis für mehr Wettbewerb und Marktwirtschaft. Die staatliche Unterstützung für ein einzelnes Unternehmen hätte gravierende Wettbewerbsverzerrungen zur Folge und wäre eine Gefahr für die Jobs bei anderen Autobauern; das haben die Liberalen verhindert.

Die FDP forciert den konsequenten Rückzug des Staates aus den Krisenmechanismen. Das Auslaufen des Deutschlandfonds zum Jahresende 2010 ist die Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Im Wirtschaftsaufschwung muss der Staat seinen Eingriff in die Wirtschaft zurückfahren, dafür sorgen die Liberalen. Denn der Staat ist nicht der bessere Unternehmer.

Bürokratieabbau – Stärkung des Normenkontrollrates

Im Juli 2010 hat die schwarz-gelbe Koalition, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Stärkung des Nationalen Normenkontrollrates und eine Ausweitung seiner Kompetenzen auf den Weg gebracht. Künftig werden nicht mehr wie bisher nur die Informationspflichten dargestellt, sondern alle neuen Regelungsvorschläge einer umfassenden Prüfung unterzogen. Darunter fallen sowohl der gesamte Zeitaufwand als auch die Kosten, die durch bundesrechtliche Vorschriften bei Bürgerinnen und Bürgern, in der Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung entstehen.

Steuerentlastung für kleinere und mittlere Einkommen

An unserem Ziel einer gerechten Steuerbelastung insbesondere für kleinere und mittlere Einkommen halten wir fest. Sobald die Haushaltskonsolidierung Spielräume zulässt, wollen wir die kleinen und mittleren Einkommen entlasten sowie den Mittelstandsbauch und die kalte Progression abbauen.

Vereinfachung der Steuergesetzgebung

Die Steuervereinfachung ist ein Kernprojekt der FDP. Gemeinsam mit der Union erarbeiten wir derzeit ein Konzept für ein einfacheres Steuerrecht, die gesetzliche Umsetzung wird im 1. Halbjahr 2011 erfolgen. Steuerzahler werden dadurch unter anderem durch bereits vorab ausgefüllte elektronische Steuererklärungen, Pauschalierungen und eine Vereinfachung bei Kinderbetreuungskosten entlastet. Die Steuererklärung wird in Zukunft deutlich leichter und schneller gehen als heute.

Verbraucherschutz

In der Verbraucherpolitik haben wir in den vergangenen Monaten zahlreiche Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht, die nun verabschiedet werden. Dazu gehört die Abschaffung der ungerechtfertigten Gebührenerhebung bei den Service-Hotlines (0180-Nummern) durch die Einführung kostenfreier Telefon-Warteschleifen im Rahmen der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes. Durch eine verbraucherfreundliche Novellierung der EU-Kinderspielzeug-Richtlinie gibt es mehr Gesundheitsschutz für Kinder.

Im Bereich des finanziellen Verbraucherschutzes werden die Verbraucher über mögliche Risiken der angebotenen Finanzdienstleistungen endlich besser informiert und die Anforderungen an die Qualifikation von Finanzberatern deutlich erhöht. Schließlich werden die horrenden Abhebegebühren an Fremdautomaten von Banken gesenkt und das Verbraucherinformationsgesetz verbraucherfreundlich gestaltet.

Energiekonzept

Im Herbst 2010 wird die schwarz-gelbe Koalition ein umfassendes Energiekonzept beschließen. Ziel ist es, das Zeitalter der Erneuerbaren Energien zu erreichen. Bestandteil des Gesamtkonzeptes werden die bessere Verfügbarkeit der Erneuerbaren Energien durch Netzintegration und bessere Speichertechnologien, die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und die Frage der Endlagerung sein. Die Erträge aus der Laufzeitverlängerung werden einen substantziellen Beitrag zur Förderung Erneuerbarer Energien leisten. Mit dem Energiekonzept werden wir den Nachweis erbringen, dass längere Laufzeiten für Kernkraftwerke als Brücke dienen können, um das Zeitalter der regenerativen Energien mit vertretbaren Kosten, den geringsten Emissionen und der nötigen Versorgungssicherheit zu erreichen.

Arbeit, Gesundheit und Soziales

Heinz Lanfermann,

Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit, Gesundheit und Soziales



Auf einen Blick

Liberaler Akzente der Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik

- Stabilisierung der Beiträge zur Sozialversicherung
- Stärkung des Mittelstandes durch neue Kurzarbeiterregelung
- Verdreifachung des Schonvermögens bei Hartz IV
- Nichtanrechnung von Ferienjobs auf Hartz IV
- Jobcenter-Reform
- Job-/Fortbildungsangebot für junge Menschen binnen 6 Wochen
- Neuordnung des Arzneimittelmarktes

Daran arbeiten wir

- Gesundheitsreform
- Hartz IV-Reform (Regelsätze Kinder)

Mittelstandsfreundliche Kurzarbeiterregelung

Bei der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat die FDP-Bundestagsfraktion durchgesetzt, dass die Förderung stärker auf den Mittelstand zugeschnitten wurde. Deswegen ist das Auslaufen der teuren Konzernklausel ein Erfolg für die FDP. Wir haben auch durchgesetzt, tarifliche Kurzarbeit nicht zu fördern. Damit ist ausgeschlossen, dass es eine Tarifpolitik zu Lasten der Beitragszahler gibt.

Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge

Mit dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz haben wir Anfang 2010 für stabile Lohnzusatzkosten gesorgt und mit Steuerzuschüssen den sonst unweigerlichen Anstieg der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zur Krankenversicherung verhindert. Das war ein Schutzschirm für Arbeitnehmer, mit dem die schwarz-gelbe Koalition in der Krise hunderttausende Arbeitsplätze gesichert hat.

Treffsicherer Sozialstaat / Hartz IV - Reformen

Die Koalition hat im ersten Halbjahr 2010 eine Reihe von gesetzlichen Änderungen verabschiedet, die das Sozialsystem gerechter und leistungsfreundlicher machen. Mit der Verdreifachung des Schonvermögens für Hartz-IV-Empfänger auf 750 Euro pro Lebensjahr haben wir die eigenständige Altersvorsorge gestärkt und bestrafen nicht länger diejenigen, die gearbeitet, zum Wohlstand unseres Landes beigetragen und vorausschauend für das Alter vorgesorgt haben.

Ferienjobs von Schülerinnen und Schülern werden nicht länger auf die Hartz-IV-Bezüge der Eltern angerechnet. Leistung lohnt sich jetzt auch für engagierte Jugendliche. Wir halten den ersten Kontakt zur Arbeitswelt gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien für besonders wichtig.

Wir werden noch in diesem Jahr transparente Neuberechnungen für Hartz-IV-Bedarfsätze schaffen. Insbesondere die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Berücksichtigung des Bildungs- und Teilhabebedarfs von Kindern und Jugendlichen werden wir bis Ende des Jahres rechtssicher umsetzen. Wir wollen sicherstellen, dass die Hilfe bei den Kindern ankommt und sie selbstbestimmt, individuell und unbürokratisch Bildungs- und Freizeitangebote wahrnehmen können. Es ist unser Ziel zu verhindern, dass sich Armut und Bedürftigkeit über Generationen vererben.

Verbesserte Arbeitsvermittlung

Ziel der FDP ist es, Arbeitslose möglichst schnell und direkt zu vermitteln und Langzeitarbeitslosigkeit möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen. Daher haben wir die Vermittlung durch private Arbeitsvermittler gestärkt und zudem die Möglichkeit der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbständige verlängert, um die Existenzgründer in unserem Land zu unterstützen. Damit aber auch Langzeitarbeitslose Schritt für Schritt in den ersten Arbeitsmarkt gelangen können, werden wir in den kommenden Monaten die Hinzuverdienstmöglichkeiten von Hartz-IV-Empfängern verbessern.

Jobcenter-Reform

Gemeinsam mit Union und SPD haben wir im Juni 2010 die Grundgesetzänderung zur Reform der Jobcenter beschlossen und so die effiziente Betreuung der Langzeitarbeitslosen aus einer Hand gesichert. Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass zukünftig mehr Kommunen die eigenverantwortliche Betreuung der Langzeitarbeitslosen übernehmen können. Die Ausweitung der Optionskommunen und die Stärkung der ARGEn führen zu möglichst effektiver Zusammenarbeit und mehr Effizienz bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen.

Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit

Wir haben in der Koalition durchgesetzt, dass jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren innerhalb von 6 Wochen ein verpflichtendes Arbeits- oder Fortbildungsangebot gemacht wird. Nimmt er dieses nicht an, wird sein Regelsatz nach aktueller Rechtslage gekürzt. Alleinerziehende Arbeitsuchende erhalten von den Jobcentern jetzt mehr Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gesundheitspolitik

Mit dem GKV-Änderungsgesetz, das am 1. August 2010 in Kraft getreten ist, wird durch die Erhöhung der Herstellerrabatte für Arzneimittel ohne Festbetrag finanzieller Spielraum im Gesundheitssystem geschaffen. Für Arzneimittel, die zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung abgegeben werden, gilt ein Preisstopp bis 2013, um den rasanten Anstieg der Arzneimittelkosten zu bremsen.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG) werden Deregulierungen und langfristige Strukturveränderungen bei patentgeschützten Arzneimitteln eingeführt. Die pharmazeutische Industrie muss den Zusatznutzen für alle neuen Arzneimittel nachweisen und Studien offenlegen. Der freie Marktzugang bleibt erhalten und die Preise werden durch Verhandlungen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung gebildet. Zudem haben Versicherte künftig über eine Mehrkostenregelung die Möglichkeit, ihr gewohntes Arzneimittel zu erhalten, auch wenn dieses nicht rabattiert ist. Es gibt also weniger Bürokratie und mehr Wahlfreiheit. Die unabhängige Patientenberatung wird als feste Leistung etabliert.

Das GKV-Finanzierungsgesetz, das noch 2010 verabschiedet werden soll, sieht eine Reihe von Einsparungen und Ausgabenbegrenzungen vor, die gerecht über alle Akteure des Gesundheitswesens verteilt werden. Gleichzeitig erhalten die Krankenkassen über die Zusatzbeiträge einen Teil der Beitragsautonomie zurück, was den Wettbewerb stärkt. Ein Sozialausgleich aus Steuermitteln für Geringverdiener sorgt für Gerechtigkeit. Das Ziel, die Entwicklung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten zu entkoppeln, wird erreicht.

Innen und Recht

Hartfrid Wolff,

Vorsitzender des Arbeitskreises Innen und Recht



Auf einen Blick

Libérale Akzente der Innen- und Rechtspolitik

- Gleichstellung von Anwälten und Strafverteidigern
- Stärkung der Pressefreiheit – Schutz von Journalisten und Informanten
- Stärkung der Kinderrechte
- Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften (Erbrechtssteuer und Grunderwerbsteuer)
- Reform der Sicherungsverwahrung
- Arbeitnehmerdatenschutz
- Ausbau der Integrationskurse

Daran arbeiten wir

- Netzsicherheit – Löschen statt Sperren
- Keine Vorratsdatenspeicherung
- Reform des Insolvenzrechts
- Bekämpfung der Zwangsheirat
- Modernes Sorgerecht
- Reform des Mietrechts

Reform der Strafprozessordnung

Mit der Reform der Strafprozessordnung (§ 160a StPO) haben wir das Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant gestärkt. Auf Initiative der FDP wird das Mandatsgeheimnis gestärkt und die Ungleichbehandlung zwischen Anwälten und Strafverteidigern in der Strafprozessordnung beseitigt, indem wir den absoluten Schutz vor strafprozessualen Beweiserhebungs- und Verwertungsmaßnahmen auf alle Rechtsanwältinnen erweitert haben. Wer Rat und Hilfe bei einem Anwalt sucht, kann zukünftig also auf einen umfassenderen Schutz vor staatlicher Überwachung vertrauen. Wir arbeiten weiter an einer Einbeziehung auch anderer Berufsgeheimnisträger in diesen Schutzbereich.

Stärkung der Pressefreiheit

Auf Drängen der FDP stärkt die schwarz-gelbe Koalition die Pressefreiheit als wichtigen Pfeiler unserer Demokratie. Im Herbst werden wir ein Gesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften verabschieden, so dass sich Journalisten künftig nicht mehr strafbar machen, wenn sie ihnen vertraulich zugeleitetes Material veröffentlichen. Beschlagnahmen werden bei Journalisten nur noch unter besonderen Voraussetzungen zulässig sein.

Stärkung der Kinderrechte

18 Jahre nach Zeichnung ist der Vorbehalt zur UN-Kinderrechtskonvention endgültig aus der Welt. Uns ist damit gelungen umzusetzen, was der Bundestag seit langem gefordert hat. Damit zeigen wir eindrucksvoll, dass das Kindeswohl im Mittelpunkt unserer Politik steht.

Gleichstellung von Lebenspartnerschaften

Mit dem Jahressteuergesetz 2010 ist eine vollständige Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und Ehen im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht sowie bei der Grunderwerbsteuer umgesetzt worden.

Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren

Im August 2010 hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren beschlossen. Ein betroffener Bürger kann künftig eine Entschädigungsklage gegen den Staat erheben und Ersatz für die Nachteile verlangen, die durch die Verletzung des Rechts auf angemessene Verfahrensdauer entstanden sind. Zuvor muss er aber das Gericht, das nach seiner Ansicht zu langsam arbeitet, mit einer Rüge auf die Verzögerung hingewiesen haben. Dies gibt den Richtern die Möglichkeit, bei berechtigter Kritik Abhilfe zu schaffen.

Arbeitnehmerdatenschutz

Mit dem Gesetzentwurf zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes lösen wir unser Versprechen ein, für mehr Datenschutz am Arbeitsplatz zu sorgen. Mit dem im August vorgelegten Gesetzentwurf werden wir die über Jahre andauernde Rechtsunsicherheit beenden und mit Augenmaß die Belange aller Beteiligten berücksichtigen. Arbeitgeber erhalten auch künftig die erforderlichen Informationen. Berechtigte Eingriffe in die Rechte des Arbeitnehmers sind in Zukunft so behutsam wie möglich auszugestalten und unterliegen einer strikten Zweckbindung.

Reform der Sicherungsverwahrung

Im Bereich der Sicherungsverwahrung ist unter liberaler Führung eine ausgewogene Lösung erarbeitet worden. Der Gesetzesvorschlag der FDP erreicht einen wirksamen Schutz der Bevölkerung vor eventuellen Folgetaten ehemaliger Straftäter. Dabei werden zugleich Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention vermieden. Den Gerichten werden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, sich die Anordnung von Sicherungsverwahrung für einen gefährlichen Täter bis zum letzten Tag der Gefängnishaft vorzubehalten. Dies bedeutet Rechtssicherheit im Vergleich zu der umstrittenen, unter Rot-Grün eingeführten nachträglichen Sicherungsverwahrung. Damit erfolgt erstmals eine Harmonisierung im System der Sicherungsverwahrung.

Ausbau der Integrationskurse

Die schwarz-gelbe Koalition hat die Haushaltsmittel für die Integrationskurse erhöht. Uns ist es gelungen, trotz der angespannten Haushaltslage die Mittel im Vergleich zu 2009 um 44 Mio. Euro auf 218 Mio. Euro aufzustocken und wegen des großen Zuspruchs weitere 15 Mio. Euro aus dem laufenden Haushalt bereitzustellen. Erfolgreiche Integration ist für die FDP eines der wichtigsten Themen.

Keine Vorratsdatenspeicherung

Nach dem erfreulichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die bürgerrechtsfeindliche Vorratsdatenspeicherung haben wir klar gemacht, dass es mit den Liberalen in der Regierung keine Schnellschüsse in diesem Bereich geben wird. Wir lehnen die massenhafte Speicherung von Daten der Bürger ohne jeden Anlass auf Vorrat ab. Dies werden wir nun vor allem auf europäischer Ebene betonen, um eine Änderung der umstrittenen Richtlinie zu erreichen.

Modernes Sorgerecht

Bis Ende 2010 werden wir die Stärkung des gemeinsamen Sorgerechts Nichtverheirateter zum Wohle des Kindes verabschieden. Zukünftig sollen unverheiratete Eltern von Beginn an das Sorgerecht gemeinsam ausüben, sofern die Mutter dagegen nicht Widerspruch einlegt und beim Familiengericht Recht bekommt. Damit stärken wir die Rechte der Väter nichtehelicher Kinder deutlich.

Reform des Mietrechts

Wir wollen ein ausgewogenes Mietrecht. Vor diesem Hintergrund wird in einem ersten Schritt nach der Sommerpause ein Gesetzentwurf erarbeitet, der die Bekämpfung des Miethomadentums, die energetische Sanierung und die Erschwerung von Luxussanierungen aufgreift.

Reform des Insolvenzrechts

Wir sichern Arbeitsplätze durch die Verbesserung der Sanierungschancen von Unternehmen. Noch vor der Sommerpause wurde von der schwarz-gelben Koalition ein Diskussionsentwurf zur Reform des Insolvenzrechts vorgelegt. Schwerpunkt des Entwurfs ist die Erleichterung der Sanierung von Unternehmen durch einen stärkeren Einfluss der Gläubiger auf die Auswahl des Insolvenzverwalters, durch Ausbau und Straffung des Insolvenzplanverfahrens, durch die Vereinfachung des Zugangs zur Eigenverwaltung und durch eine größere Konzentration der Zuständigkeit der Insolvenzgerichte.

Zwangsheirat

Wir werden in den nächsten Monaten einen eigenständigen Straftatbestand zur Bekämpfung von Zwangsheirat einführen. Aufenthaltsrechtliche Nachteile für die Opfer von Zwangsheirat beseitigen wir durch die Verbesserung des Rückkehrrechts. Eine eklatante Menschenrechtsverletzung, wie die Zwangsheirat, darf ein Rechtsstaat nicht tolerieren.

Internet und digitale Gesellschaft

Das Internet ist nicht nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung. Die Entfaltung der Freiheitsrechte, im besonderen Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, müssen im digitalen Zeitalter gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gesichert werden. Die Koalition hat deshalb erwirkt, dass der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ Anfang 2010 eingesetzt hat. Die Mitglieder der Kommission befassen sich mit den soziologischen, gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen dieser Veränderungen.

Netzsicherheit – Löschen statt Sperren

Im Bereich des Internets haben wir zwei freiheitsbeschränkende Maßnahmen der Vorgängerregierung gestoppt bzw. ihre Neuauflage verhindert. Das ineffektive Zugangerschwerungsgesetz haben wir ausgesetzt. Anstatt symbolische Gesetzgebung zu betreiben, die ein allgemeines Überwachungsklima schafft, wirken wir aktiv auf eine Löschung der verbrecherischen Darstellungen von Kindesmissbrauch im Internet hin.

Infrastruktur und Umwelt

Michael Kauch,

Vorsitzender des Arbeitskreises Infrastruktur und Umwelt



Auf einen Blick

Libérale Akzente der Infrastruktur- und Umweltpolitik

- 40%-Ziel CO₂-Reduktion bis 2020, 80-95% bis 2050
- Förderung von Öko-Heizungen
- Ende der Überförderung von Solaranlagen
- Planbarkeit für Energie aus Biomasse
- Mehr Gebäudesanierung in 2010
- Förderung von Partikelfiltern in Diesel PKW

Daran arbeiten wir

- Energiekonzept – Übergang in das Zeitalter regenerativer Energien
- Förderung der Elektromobilität
- Rücknahme der LKW-Mauterhöhung zum 1. Januar 2011
- Begleitetes Fahren mit 17
- CCS-Gesetz
- Geothermie-Atlas

40%-Ziel CO₂-Reduktion bis 2020, 80-95% bis 2050

Die Koalition aus Union und FDP hat sich durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages auf das Ziel der Minderung von Treibhausgas-Emissionen von 40 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 1990 festgelegt. Die CO₂-Minderung steigt nach den Energieszenarien bis 2050 gegenüber einer Fortschreibung der bisherigen Politik von 62 auf 85 Prozent. Das spiegelt die Vorgabe des Bundestages wieder, 80 bis 95 Prozent bis 2050 einzusparen. Die FDP-Bundestagsfraktion wird sich weiter dafür stark machen, dass der Klimaschutz auf internationaler Ebene weitergeht.

Übergang in das Zeitalter der regenerativen Energien

Unser Energiekonzept macht den Weg in das regenerative Zeitalter frei. Wir wollen 80 Prozent Erneuerbare Energien bis 2050 beim Strom und 50 Prozent beim gesamten Primärenergieverbrauch erreichen. Voraussetzung sind allerdings ein massiver Ausbau der Stromnetze sowie erheblich mehr Maßnahmen im Bereich der Energiespeicher, der Gebäudesanierung und der Wärmeversorgung.

Mittelfristig hilft die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken im Rahmen eines Energiemixes, unsere Klimaschutzziele schneller und mit weniger Belastung für Verbraucher und Arbeitsplätze am Industriestandort Deutschland zu erreichen. Energiewirtschaftliche Ziele und Sicherheitsfragen sind dabei von entscheidender Bedeutung. Klar ist für uns: Wir haben im Zuge der Laufzeitverlängerung eine nennenswerte finanzielle Förderung des Umbaus in Richtung Erneuerbare Energien erreicht. Dies wollen wir so ausgestalten, dass auf den Energiemärkten auch mittelständische Unternehmen eine Chance haben und der Wettbewerb größer und nicht geringer wird.

Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien

Auf Druck der FDP ist im Juli 2010 die Haushaltssperre beim Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien im Wärmesektor aufgehoben worden. Damit können die bislang gesperrten Mittel in Höhe 115 Mio. Euro in diesem Jahr für die weitere Förderung von Öko-Heizungen genutzt werden. In der mittelfristigen Finanzplanung wird das Programm auf dem Niveau von 340 bis 380 Mio. Euro pro Jahr verstetigt.

Ende der Überförderung von Solaranlagen

Der schwarz-gelben Koalition ist es mit der Einmal-Absenkung der Solarförderung gelungen, die Überförderung auf Kosten der Verbraucher zu beenden, ohne das Wachstum der Solarenergie zu gefährden. Die zeitliche Streckung des Abbaus garantiert der Branche eine weiche Landung.

Die außerplanmäßige Absenkung der Förderung war nötig, da die Preise für Solarmodule drastischer gefallen sind, als die Förderung bisher abgebaut wurde.

Mehr Gebäudesanierung in 2010

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm konnte 2010 auf Druck der FDP von ursprünglich vorgesehenen 1,1 Mrd. Euro auf nunmehr 1,5 Mrd. Euro aufgestockt werden. Mit dem erfolgreichen Programm schützen wir das Klima, dienen Mietern und Vermietern und schaffen Arbeitsplätze in Handwerk und Mittelstand. Wir arbeiten daran, Maßnahmen für die energetische Sanierung des Gebäudebestandes über 2010 hinaus auf hohem Niveau fortzusetzen.

Rechtsrahmen für die Abscheidung und Einlagerung von CO₂ (CCS-Gesetz)

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf für den Rechtsrahmen der sogenannten CCS-Technologie vorgelegt (Carbon Capture and Storage). Das befristete Gesetz regelt die Planungsfragen, Einlagerungs- und Haftungsbedingungen von CO₂-Speichern und begrenzt die Menge von einzulagerndem CO₂ auf Demonstrationsprojekte. Aus Sicht der FDP ist dies notwendig, um diese zentrale Klimaschutz-Technologie auch in Deutschland zu entwickeln. Der Gesetzentwurf soll im Herbst 2010 vom Bundestag verabschiedet werden.

Geothermie-Atlas

Parallel zum CCS-Gesetz wird ein Antrag der Koalitionsfraktionen im Herbst die Bundesregierung beauftragen, einen Geothermie-Atlas zu erstellen. Darin sollen regionale Möglichkeiten für die Nutzung von Erdwärme dokumentiert und Nutzungskonkurrenzen des Untergrundes ausgewiesen werden.

Planbarkeit für Energie aus Biomasse

Die schwarz-gelbe Koalition hat im Wachstumsbeschleunigungsgesetz die von der Vorgängerregierung geplanten Steuererhöhungen für Biokraftstoffe gestoppt. Im Bereich der Biomasse-Verstromung haben wir dafür gesorgt, dass Verzögerungen bei der Einführung der Nachhaltigkeitszertifizierung nicht zum Förderstopp für Anlagenbetreiber führten. Bei Biogas-Anlagen haben wir rückwirkende Eingriffe der Vorgängerregierung in die Förderbedingungen modularer Anlagen aufgehoben und so die Investitionssicherheit für die Erneuerbaren Energien insgesamt gestärkt. Derzeit arbeiten wir daran, im Europarechtsanpassungsgesetz für Erneuerbare Energien das Biogas beim Heizen zu stärken.

Rücknahme LKW-Mauterhöhung

Mit der Änderung der Mauthöhenverordnung nimmt die schwarz-gelbe Koalition die von der Großen Koalition beschlossene LKW-Mauterhöhung zum 1. Januar 2011 zurück. Ohne diese Änderung würde die Maut für LKW der Fahrzeugklasse Euro III - deren Einführung noch vor wenigen Jahren mit Steuermitteln gefördert wurde - noch einmal um zehn Prozent von 20 auf 22 Cent je Kilometer erhöht. Durch die Rücknahme werden tausende Arbeitsplätze erhalten und der Aufschwung auch im Transportgewerbe weiter stabilisiert.

Förderung der Elektromobilität

Mit der Umsetzung des „Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität“ wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bis zum Jahre 2020 auf deutschen Straßen eine Million Elektrofahrzeuge zum Einsatz kommen und Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität wird. Die Koalitionsfraktionen werden im Herbst die Bundesregierung auffordern, erste rechtliche Erleichterungen für Elektro-Autos zu schaffen.

Förderung von Partikelfiltern in Diesel-Fahrzeugen

Auf Drängen der FDP hat die Koalition die Verlängerung des Programms zur Förderung der Nachrüstung von Diesel-PKW mit Partikelfiltern beschlossen und ausgeweitet. Neben PKW werden 2010 erstmals auch leichte Nutzfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 3,5 Tonnen bei der Partikelfilternachrüstung mit 330 Euro unterstützt. So wird die Luftqualität gerade in den Innenstädten weiter nachhaltig verbessert und die Feinstaubproblematik entschärft.

Begleitendes Fahren mit 17

Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts im August konnte die FDP ihre langjährige Forderung nach der bundesweiten Einführung des begleitenden Fahrens ab 17 Jahre umsetzen. Die Modellprojekte der Länder haben bewiesen, dass begleitete Fahranfänger in der Anfangsphase ihrer Fahrpraxis bis zu 30 Prozent weniger Unfälle verursachen und 20 Prozent weniger Verkehrsverstöße begehen. Mit dem Gesetz, das im Herbst im Bundestag verabschiedet wird, verhelfen wir Jugendlichen zu mehr Selbständigkeit und Verantwortung im Verkehr.

Innovations-, Gesellschafts- und Kulturpolitik

Patrick Meinhardt,

Vorsitzender des Arbeitskreises Innovation, Gesellschaftspolitik und Kultur



Auf einen Blick

Libérale Akzente der Innovations-, Gesellschaft- und Kulturpolitik

- Investitionen in Forschung und Bildung - 12 Mrd. Euro Mehrausgaben bis 2013
- BAföG-Erhöhung
- Nationales Stipendienprogramm
- Qualitätspakt Lehre
- Stärkung von Forschung und Entwicklung (Validierungsförderung)
- Förderung frühkindlicher Bildung
- Digitalisierung des Kinos

Daran arbeiten wir

- Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
- Fortsetzung der Stasi-Überprüfung für öffentliche Ämter

Mehr Investitionen in Bildung und Forschung

Die Koalition von Union und FDP räumt den Investitionen in Bildung und Forschung eine höhere Priorität ein. Gerade bei einem strengen Konsolidierungskurs der Öffentlichen Haushalte müssen die Investitionen in die Köpfe und in unser Wissen – der wichtigste Rohstoff unseres Landes – gestärkt werden. Deshalb hat sich die FDP-Bundestagsfraktion erfolgreich für die dringend notwendigen Mehrinvestitionen im Bereich der Bildung eingesetzt. Insgesamt wird die schwarz-gelbe Koalition von 2010 bis 2013 zusätzlich 12 Mrd. Euro in Bildung und Forschung investieren.

Nationales Stipendienprogramm

Damit Bildung nicht länger vom Geldbeutel der Eltern oder der Herkunft abhängt, hat die FDP die Einführung eines Nationalen Stipendienprogramms durchgesetzt. Das Gesetz wurde vor der parlamentarischen Sommerpause durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Leistungsstarke und engagierte Studierende können auf die Vermittlung eines solchen Stipendiums bauen. 300 Euro Stipendium monatlich – zu gleichen Teilen mit öffentlichen und privaten Mitteln finanziert – ermutigen auch Studieninteressierte für eine Hochschulausbildung, die sie sonst aus ökonomische Gründen nicht gewagt hätten.

BAföG-Erhöhung

Mit der BAföG-Novelle, die wir im Bundestag bereits verabschiedet haben, werden wir die BAföG-Sätze und die Einkommensfreibeträge erhöhen sowie den bürokratischen Aufwand bei der Beantragung reduzieren. Nun gilt es im Bundesrat für Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf zu werben, damit die Verbesserungen Wirkung entfalten können.

Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

Im Herbst 2010 wird die schwarz-gelbe Koalition ein Gesetz zur Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen verabschieden. Qualifizierte Migrantinnen und Migranten erhalten damit ab Anfang 2011 einen Rechtsanspruch auf Anerkennung ihrer Studienabschlüsse und auf geförderte Maßnahmen zur Anpassungs- oder Nachqualifizierung.

Qualitätspakt Lehre

Gemeinsam mit den Ländern hat die Bundesregierung den Qualitätspakt Lehre beschlossen und damit zusätzliche Investitionen in Höhe von 2 Mrd. Euro in den Hochschulbereich ermöglicht. Der Qualitätspakt Lehre ergänzt die bereits beschlossenen Maßnahmen „Hochschulpakt“ (Ausbau der Studienplatzkapazitäten), den Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative sowie die Studienfinanzierung BAföG und das Nationale Stipendienprogramm.

Stärkung von Forschung und Entwicklung

Die FDP drängt seit Jahren darauf, dass Forschungsergebnisse aus der Grundlagenforschung, von der in Deutschland ansässigen Wirtschaft häufig ungenutzt, nicht in den Schubladen der Forschungseinrichtungen liegen bleiben oder im Ausland genutzt werden. Das Fax-Gerät, der MP3-Player und die Festplatten in PC's sind nur drei Beispiele, wie Spitzenforschungsergebnissen aus Deutschland für Innovationsschübe im Ausland gesorgt haben. Das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Versprechen, alle Forscher in Deutschland in die Lage zu versetzen, die eigenen Forschungsergebnisse auf ihre Anwendbarkeit in der Wirtschaft hin zu überprüfen (validieren), haben wir erfüllt. Die Validierungsförderung ist jetzt Programm und Bestandteil der Hightech-Strategie der Bundesregierung.

Förderung der frühkindlichen Bildung

Für die frühkindliche Bildung wird die schwarz-gelbe Koalition in den nächsten Jahren zusätzlich insgesamt rund 400 Mio. Euro investieren. Im Haushaltsentwurf für 2011 sind bereits 82 Mio. Euro für diesen Zweck eingestellt. Diese sollen in die Qualität der Kinderbetreuung und insbesondere die Sprachförderung fließen.

Gleichstellung von Frauen

Nach einem Antrag von FDP und Union zum Internationalen Frauentag bietet die Bundesregierung mittlerweile Unternehmen die kostenlose Nutzung des Lohntestverfahrens Logib-D an, mit dem diese ihr Lohnverfahren testen und Ungleichheiten bei der Bezahlung von Frauen und Männern identifizieren zu können.

Extremismusbekämpfung

Der FDP-Bundestagsfraktion ist es gelungen, Präventionsmaßnahmen im Bereich der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie auf die neuen Themenfelder Linksextremismus und fundamentalistischer Islamismus auszudehnen. Im Jahr 2010 werden hierzu 2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, für das Jahr 2011 sieht der Haushaltsentwurf zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Mio. Euro vor.

Fortsetzung der Stasi-Überprüfung

Wir wollen die Regelüberprüfung im Stasi-Unterlagen-Gesetz bis 2019 verlängern. Die Regelüberprüfung setzt fest, dass Abgeordnete, Richter, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, der Parlamente und Kirchen sowie andere auf eine frühere Stasi-Tätigkeit überprüft werden. Dazu werden wir die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetz – möglichst mit Unterstützung aller Fraktionen – bis Ende 2010 / Anfang 2011 abschließen.

Digitalisierung der Kinos

Die FDP hat sich für die Umstellung der Kinos auf digitale Technik stark gemacht. Die Digitalisierung der Kinos in Deutschland ist zwingend erforderlich und alternativlos, damit diese wettbewerbsfähig bleiben. Da insbesondere kleine Kinos im ländlichen Raum und Programmkinos nicht genug erwirtschaften, um die Umstellung auf digitale Technik selbst finanzieren zu können, hat die schwarz-gelbe Koalition Mittel im Haushalt 2010 bereitgestellt, um umsatzschwache Kinos, insbesondere in kleinen und mittleren Städten, bei der Digitalisierung zu unterstützen. Dadurch verhindern wir ein massenweises Kinosterben und stärken die kulturelle Vielfalt in Deutschland.

Herausgeber:



FDP im Deutschen Bundestag
Pressestelle
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227 52378
Telefax: 030-227 56778

pressestelle@fdp-bundestag.de
www.fdp-fraktion.de

Fotos: photothek.net Fotoagentur

Gesamtherstellung:
liberal Verlag – Universum Kommunikation
und Medien AG
Druck: altmann-druck GmbH, Berlin

